

ÖK FREIHEITSKÄMPFER Organ der Kämpfer für Österreichs Freiheit

NUMMER 6

DEZEMBER 1973

PREIS S 3,—

Bevor es zu spät ist

VON LABG. A. D. HANS LEINKAUF

Die maßgebenden Politiker und Wirtschaftsführer in allen politischen Lagern sind sich darüber klar, daß Österreich schwierigen Zeiten entgegengeht. Sozusagen über Nacht zogen auf dem seit vielen Jahren ungetrübten Konjunkturfimmel schwere Wolken auf, die ein plötzliches Ende des schönen Wetters ankündigen. Die Energiekrise wurde mit der Drosselung der arabischen Öllieferungen offenbar, auf dem Arbeitsmarkt gibt es deutliche Anzeichen für ein Nachlassen der Konjunktur, und die inflationistische Entwicklung, die uns die sozialistischen Regierungen in diversen europäischen Ländern beschert haben, schreitet weiter fort. Zwar machen manche professionelle Konjunkturforscher nach wie vor in Optimismus, bzw. sie bestreiten, daß es ernststen Anlaß zu Pessimismus gibt, doch herrscht hinter den Kulissen echtes Unbehagen darüber, was die Zukunft bringen wird. Zeichnet sich auch das Ausmaß der auf uns zukommenden Probleme noch nicht in aller Schärfe ab, so ist doch jetzt schon klar zu erkennen, daß zahlreiche umfangreiche Probleme zugleich auftreten, daß die Situation an allen

Ecken und Enden zugleich kritisch wird.

Daß unter diesen Umständen die Frage auftaucht, wie diese Probleme am besten bewältigt werden, ist verständlich. Im politischen Leben gibt es dafür einen Grundsatz: Je schwieriger die Zeiten sind, desto breiter muß die Basis sein, auf die die Regierung sich bei der Bewältigung der Probleme stützen kann. Das galt für das Jahrzehnt von 1945 bis 1955, als Österreich unter vierstarker militärischer Besetzung um seine Freiheit kämpfte und das Land aus den Trümmern des Krieges wieder aufgebaut werden mußte. Das gilt aber zweifellos auch für jede andere Situation, die außergewöhnliche Anforderungen stellt. Und wer wollte leugnen, daß die kommenden Monate und Jahre solche Anforderungen stellen werden? Mit anderen Worten: Wir glauben, daß nur die Zusammenarbeit der beiden großen Parteien in der Regierung die Probleme der Zukunft meistern und den Menschen in diesem Land ein Leben in einigermaßen gesicherten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnissen sichern kann.

Bundeskanzler Dr. Kreisky weist solche Gedanken vorderhand noch mit einem im Grunde nicht mehr gerechtfertigten Selbstbewußtsein von sich. Er steht — vorläufig noch — auf dem Standpunkt, die Regierung könne die Probleme allein bewältigen und brauche niemanden dazu.

Die Oppositionsparteien stehen in dieser Frage der Schwierigkeit gegenüber, daß ihnen derartige Überlegungen als Ausdruck etwaiger Sehnsucht nach Ministeresseln ausgelegt werden könnte.

Wir dagegen glauben, daß es die Lage heute weder der Regierung noch der Opposition mehr erlaubt, dieses Problem vom Prestigeaspekt aus zu beurteilen. Es geht heute nicht mehr

darum, ob die SPÖ an Prestige verliert, wenn sie die Zusammenarbeit mit der ÖVP akzeptiert, und es geht auch nicht darum, ob das für die ÖVP im Augenblick einen Vorteil bedeutet. Es geht nicht um die Parteien, es geht um das Land!

Zu einer Lösung im Interesse aller Österreicher sollte man sich nicht erst entscheiden, wenn der Druck der Verhältnisse das unweigerlich erzwingt. Die SPÖ kann kein Interesse daran haben, in stolzer Isolation bis zuletzt auszuharren und dabei ein Chaos zu hinterlassen, und die ÖVP kann kein Interesse daran haben, bei den nächsten Wahlen oder zu irgendeinem anderen Zeitpunkt ein wirtschaftliches Trümmerfeld von der SPÖ zu übernehmen.

In beiden Parteien sollte sich daher die Vernunft und der Wille zu gemeinsamer Verantwortung durchsetzen — so lange es noch Zeit ist.

Brief an Häuser

Die Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände hat sich an Sozialminister Ing. Häuser gewandt und ihm ersucht, sicherzustellen, daß auch die Geldleistungen aus der Opferfürsorge und der Kriegsopterversorgung mit 1. Jänner unter Berücksichtigung des neuen Anpassungsfaktors von 10,4 Prozent ausbezahlt werden. Bekanntlich wurde der Anpassungsfaktor von ursprünglich 8,7 auf 10,4 Prozent erhöht.

Da die Pensionen aus der Pensionsversicherung mit 1. Juli 1974 und 1. Juli 1975 um jeweils drei Prozent erhöht werden, ersucht die Arbeitsgemeinschaft, diese Regelung auch für die Opferfürsorge und die Kriegsopterversorgung anzuwenden. Ein Zurückbleiben der Höhe der Geldleistungen sollte nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, sondern auch wegen der sich aus der gegenseitigen Verrechnung ergebenden Verwaltungsmehrkosten vermieden werden.

Sozialminister Häuser hat den Anliegen der Opferverbände bisher stets großes Verständnis entgegengebracht.

HERZLICHE
NEUJAHRSWÜNSCHE
ALLEN
MITGLIEDERN UND
FREUNDEN

Das Kucatorium

Der Sturm auf das Bischofspalais

Am 8. Oktober jährte sich zum 35. Mal der Tag, an dem das Wiener Erzbischöfliche Palais von fanatisierten nationalsozialistischen Jugendlichen erstürmt und verwüstet wurde.

Oktober 1938. Wien, die ehemalige Hauptstadt des bereits ein halbes Jahr dem Deutschen Reich einverleibten Österreichs, bekommt immer mehr den Gesinnungsterror des nationalsozialistischen Regimes zu spüren. Auch vor den katholischen Jugendvereinigungen hat der Wille der Machthaber, neben den gleichgeschalteten NS-Organisationen keine anderen Gesinnungsgemeinschaften zu dulden, nicht halt gemacht. Die katholischen Jugendverbände konnten nur organisatorisch, nicht gesinnungsmäßig zerschlagen werden.

Dann kommt der 7. Oktober 1938, der zu einem Markstein im Widerstand der Jugend gegen die nationalsozialistische Unterdrückung werden sollte. Durch Mundpropaganda hat sich unter den katholischen Jugendlichen die Nachricht wie ein Lauffeuer verbreitet, daß alle zu einer gemeinsamen großen Jugendandacht im Dom gerufen seien.

Aus allen Teilen der Stadt kommen junge Menschen zur Stephanskirche. Mit über 7000 Jugendlichen ist der Dom gesteckt voll, viele Menschen haben sich auf dem Stephansplatz angesammelt. Die Andacht leitet der Wiener Erzbischof, Kardinal Dr. Theodor Innitzer, Diözesansekretär Doktor Martin Star hält eine wohlgelegene Predigt. Plötzlich schreift der Kardinal-Erzbischof, der ursprünglich gar nicht zu sprechen geplant hatte, spontan durch die Reihen der Jugendlichen zur Kanzel und richtet eine kurze, aufrüttelnde Predigt an die jungen Katholiken, in der er ihnen für ihr machtvolleres Bekenntnis zum Glauben dankt. Die tausend jungen Menschen sind tiefstet ergriffen über die mutigen Worte des Kardinals, der damit — das ist allen bewußt — seine Freiheit, ja vielleicht sogar sein Leben riskiert hatte.

Die Feier im Dom geht ohne Störung zu Ende, obwohl sich Spitzel der Gestapo unter die katholische Jugend gemengt haben. „Die Teilnehmer sollten sich ruhig nach Hause begeben“, schließt Prälat Dr. Karl Rudolf in

seinem Buch „Aufbau und Widerstand“ die weiteren Ereignisse. „Wer konnte und wollte es aber hindern, daß sie dem Bischof über den Stephansplatz das Geheiß gaben?“ Dann aber geschah ein weiteres: Zuerst war es ein einzelner Ruf, bald aber donnerte ein tausendstimmiger Sprechchor hinauf zu den Fenstern des Palais: „Wir danken unserem Bischof! Wir danken unserem Bischof!“ und da sich niemand am Fenster zeigt, wechselt der Spruch und lautet noch dröhnender: „Wir wollen unseren Bischof sehen!“ Und als er sich endlich zeigt, schwillt es wieder an: „Wir danken unserem Bischof!“ und will kein Ende nehmen. Dann klingt mächtig das Lied „Auf zum Schwur“ über den Platz.

Als Vergeltungsmaßnahme für die „Herausforderung“ kommt es bereits einen Tag später, also am 8. Oktober, zu dem Überfall nationalsozialistischer Jugendlichen auf die Erzbischöfliche Residenz in Wien. Um etwa 20.15 Uhr zieht eine große Schar junger Demonstranten unter aufgeregten Rufen und Sprechchören über den Stephansplatz zum Palais. Wenig später werden die ersten Fensterscheiben eingeschlagen. Der damalige Sekretär Kardinal Innitzers und jetzige Bischof Dr. Jakob Weinbacher beteiligt im Auftrag des Erzbischöflichen Polizeinotrufs. „Wir kommen“, wird ihm geantwortet.

Inzwischen versuchen die brüllenden Demonstranten mit einer Leiter und mit einer Eisenstange das Tor aufzubrechen. Vom Zimmer des Kardinals ruft Dr. Weinbacher nochmals die Polizei an. „Die Kommissariate sind verständigt“, erklärt man ihm — aber weit und breit ist keine Polizei zu sehen. Auch das Überfallkommando, das sonst bei Polizeieintritten eingesetzt wird, ist nicht ausgerückt. Noch ein drittes Mal wählt Dr. Weinbacher den Notruf: „Das Tor wird berannt“, erklärt er eindringlich den Beamten, „wir wissen nicht, wie lange es noch standhält!“.

Das „Horück“ der Demonstranten am Tor ist weit über den Stephansplatz zu hören. Plötzlich ein Krachen und dann Triumphgeschrei. Sie sind eingedrungen. Die fanatisierten Jugendlichen stürmen schreiend in den Hof, zertrümmern, was ihnen in den Weg kommt. Der Zeremoniärsleiter Dr. Jachym und Dr. Weinbacher bringen den Kardinal in das Matkenerferat und verschließen hinter ihm die eiserne Tür. Dann nehmen die beiden Priester, die sich einer großen Menge von Eindringlingen gegenübersehen, vor der Tür der Hauskapelle Aufstellung, um wenigstens hier eine Zerstörung zu verhindern. Als etwa hundert

Jugendliche im Alter zwischen 14 und 15 Jahren in die an die Kapelle anschließenden Räume des Kardinals stürmen, kommt es zu einem Handgemenge mit den beiden Geistlichen. Dr. Jachym und Dr. Weinbacher gelingt es, die Demonstranten tatsächlich nicht in die Kapelle eindringen zu lassen. In einem kurzen Moment, in dem die Jugendlichen von der Kapelle ablösen, konsumieren die zwei jungen Priester die Hostien, um sie vor Verunreinigung zu schützen. Im Verlauf des Handgemenges wird Doktor Jachym mit einem Bronzeleuchter ein schwerer Schlag auf den Kopf versetzt. Trotzdem gelingt es ihm, sich in ein anderes Zimmer durchzuschlagen und dort noch einmal den Polizeinotruf zu tätigen. Das Vorhaben von sechs Jugendlichen, Dr. Weinbacher aus einem der Fenster auf die Straße zu werfen, scheitert an dem erbitterten Widerstand des Sekretärs.

Plötzlich erschallt der Ruf: „Zurück, die Polizei kommt!“ Die Eindringlinge stürmen davon. Ein Polizist kommt, dann wieder einer, die Demonstranten können jedoch ungehindert das Palais verlassen. Der Kardinal, dessen Person ja der Angriff gegolten hatte, den die Jugendlichen jedoch glücklicherweise nicht finden konnten, wird aus seinem Versteck befreit.

„Zwischen dem ersten Notruf“ — so berichtet Dr. Weinbacher in Prälat Jakob Friedls Buch „Nationalsozialismus und katholische Kirche in Österreich“ — und dem Eintreffen der Polizei waren gut 40 Minuten vergangen.“ Polizeipräsident Steinhilber hatte den ganzen Überfall mit der Uhr in der Hand von einem nahen Kaffeehaus aus beobachtet und erst nach mehr als einer Dreiviertelstunde den Einsatzbefehl gegeben.

Die Räume des Erzbischöflichen Palais bieten nach dem Überfall ein Bild grauenhaften Verwüstung. Unter anderem sind 1200 Fensterscheiben zerschlagen, die ganze Einrichtung ist zertrümmert. Der Ring und das Brustkreuz des Kardinals sind gestohlen, seine Kleider verbrannt.

Dieser „Denkstift“, den die Nationalsozialisten dem Wiener Erzbischof geben wollten, bleibt nicht der letzte. Im Anschluß an eine Kundgebung am 11. Oktober auf dem Wiener Heidenplatz, bei der Gauleiter Bürckel in alkoholisiertem Zustand eine wüste Drohhede gegen Kardinal Innitzer richtete, kommt es auf dem Stephansplatz, aber auch in mehreren Wiener Außenbezirken, zu antikirchlichen Demonstrationen. Auch später — in den Jahren 1939 und 1941 — werden weitere tätliche Angriffe auf den Kardinal versucht.

500.000 politische Gefangene

Der Zeitung der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung der BRD entnehmen wir den folgenden Artikel.

Niemand kennt die Zahl genau, aber es sind wohl mehr als 500.000 Menschen, die wegen ihrer politischen Überzeugung inhaftiert sind. Viele von ihnen erleiden dabei grausame Folterungen. Sie werden mißhandelt und gequält. Dabei besagt Artikel 5 der UNO-Erklärung: „Kein Mensch soll der Folterung sowie grausamer, unmenschlicher Behandlung unterworfen werden.“

Dieser Artikel wird heute in zahlreichen Ländern der Welt grüßlich mißachtet. In den Gefängnissen Spaniens, Brasiliens, Indonesiens, Chinas, Griechenlands, der UdSSR und anderer Länder werden Menschen gefoltert wegen ihrer politischen Haltung. Mit brutalen Methoden werden von ihnen Geständnisse erpreßt oder sie werden schlichtweg in Helianthabaten gebracht und dort zu Geisteskranken erklärt. Wer glaubt, daß die so ungläublich grausamen Methoden mit dem Ende der Hitler-Ära und der Zeit des Stalinismus verschwunden seien, der irrt. Die Regierungen und Herrschenden in den in Frage kommenden Ländern bedienen sich auch heute verschwörungswürdiger Methoden und schrecken vor nichts zurück, wenn es darum geht, die eigene Position zu festigen und das eigene Regime zu stützen.

Was sich gewandelt hat, das sind die Mittel. Heute wird zwar auch noch geprügelt, aber man bedient sich neuer Foltergeräte. Den grausamsten Ruf haben die Elektroschocks, die in Brasilien „elektrische Nadel“ genannt werden. Diese „Nadel“ hinterläßt äußerlich keine Spuren, so daß ihre Verwendung nie beweisbar ist. Sie wird in die Geschlechtssteile der Verhafteten eingeführt und foltert die Menschen bis zum Wahnsinn. Der Schock ist so groß, daß die davon betroffenen Menschen ihr Leben lang von Angstzuständen geplagt werden.

Wir wissen, daß unter den politischen Gefangenen auch Frauen und Männer der KAB sind. Es sind katholische Arbeiter, die im Sinne der Soziallehre unserer Kirche für Freiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit eintreten. Die KAB ist im Besitz konkreter Informationen darüber.

Jeder sollte sich bewußt sein, daß die Folter gegenüber jedem Menschen, gleich welcher Rasse und welcher Weltanschauung, unwürdig und abzulehnen ist. Die KAB lehnt Gewalt, Terror und Folter ab und verurteilt ihre Anwendung, wo immer dies getan wird, sei es in den Ländern des Kapitalismus, in den Ländern des Sozialismus oder des Kommunismus. Denn alle Menschen haben ein Recht darauf, als Menschen behandelt zu werden, auch wenn sie andere politische Auffassungen vertreten.

A. M.

30. Jahrestag der Moskauer Deklaration

Im Oktober 1943 tagte in Moskau die Konferenz der alliierten Außenminister. Bei dieser Tagung wurde erstmals die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Österreichs zu einem gemeinsamen Kriegsziel der Alliierten erklärt. Die Moskauer Deklaration erwähnt auch den notwendigen eigenen Beitrag der Österreicher zur Befreiung. Der 30. Jahrestag der Moskauer Deklaration über die Wiederherstellung der Unabhängigkeit und Freiheit Österreichs ist ein Anlaß, besonders der Opfer Österreichs in dieser leidvollen Zeit zu gedenken.

2700 Österreicher wurden als aktive Widerstandskämpfer zum Tode verurteilt und hingerichtet.

16.483 österreichische Widerstandskämpfer wurden in Konzentrationslagern ermordet.

16.107 Österreicher kamen in Gestapogefängnissen und Zuchthäusern ums Leben.

65.459 österreichische Juden wurden in Gettos und Konzentrationslagern getötet.

380.000 Österreicher in der Deutschen Wehrmacht kehrten nicht mehr heim.

Aktionen von Amnesty International

Die Österreichische Sektion von Amnesty International betreut derzeit unter anderem zwölf sowjetische „Gewissenshäftlinge“, die – entgegen der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte der Vereinten Nationen – in verschiedenen sowjetischen Gefängnissen und Straflagern inhaftiert sind. Unter diesen Häftlingen befinden sich zwei Baptisten, Mikhail A. Sezenkov und Ivan A. Vail. Sezenkov wurde wegen religiöser Betätigung zu drei Jahren Arbeitslager verurteilt (verhaftet am 17. 12. 1971); wegen des gleichen Delikts wurde auch Vail am 2. 6. 1972 verhaftet (Prozess und Urteil unbekannt).

Das UdSSR-Regime der Österreichischen Sektion von Amnesty International hat in Zusammenarbeit mit anderen Gruppen eine Unterschriftenaktion für diese zwölf Häftlinge durchgeführt. 2000 Unterschriften werden in diesem Zusammenhang gesammelt.

Bekanntlich fand in der Zeit vom 14. bis 18. September in Wien die Tagung des Internationalen Rates von Amnesty International statt. An der Eröffnungsfleier der Tagung, an der rund 120 Delegierte aus 30 Staaten teilnahmen, war die katholische Kirche durch den Wiener Dekanpflager Hugl, Dompropst von St. Stephan, vertreten.

Amnesty International, gegründet 1961, zählt derzeit mehr als 33.000 Mitglieder in 62 Ländern, mit Landessektionen, Gruppen bzw. Komitees in 32 Ländern. Die Österreichische Sektion umfaßt 25 Gruppen mit rund 600 Mitgliedern.

Levitin-Krasnow frei

Der russische Schriftsteller und engagierte orthodoxe Christ Anatolij Levitin-Krasnow, der im Mai 1971 von einem Moskauer Gericht wegen „Verunglimpfung des sowjetischen Regimes“ zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren verurteilt worden war, ist vorzeitig aus der Haft entlassen worden.

Es handelt sich bereits um die dritte Haftstrafe, die der auch im Ausland bekannte christliche Autor zu verbüßen hatte. Die langjährigen Aufenthalte in sowjetischen Gefängnissen und Arbeitslagern haben dem Vernehmen nach die Gesundheit des 50jährigen schwer geschädigt. Er lebt nun nach seiner Haftentlassung, für die

sich während des Breschnew-Besuches in der Bundesrepublik mehrere „Aktionskomitees für die Freiheit sowjetischer Intellektueller“ eingesetzt hatten, in Moskau.

Die Schriften Levitin-Krasnows, in denen er sich für „sozialistische Demokratie“ und Glaubensfreiheit einsetzt und die – seiner Meinung nach – bestehende Hörigkeit der russischen Orthodoxie gegenüber dem Staat kritisiert, konnten in der Sowjetunion nicht veröffentlicht werden. Sie wurden dennoch in orthodoxen Kreisen des Landes sehr bekannt, da sie – wie ein beträchtlicher Teil des russischen Schrifttums der Gegenwart – (Fortsetzung auf Seite 4)

(Fortsetzung von Seite 3)

in maschinengeschriebenen oder handschriftlichen Kopien wehrgereicht wurden. Verschiedene seiner Arbeiten gelangten auf diese Weise auch ins Ausland. Zum Gemeintum vieler Christen in der UdSSR gehört auch ein ausführlicher Brief Lewitin-Krasnows an Papst Paul VI. der 1970 auf dem üblichen Postweg abgesandt wurde.

Lewitin-Krasnow bekämpft sich ungeschützt des Vorwurfs der „antissowjetischen Propaganda im Ausland“ zum sowjetischen Staat und wandte sich auch in seinen Schriften gegen eine propagandistisch verzerrte Darstellung der Verhältnisse in der Sowjetunion bzw. gegen einen von „politischer Demagogie“ diktierten Mißbrauch seiner Schriften im Ausland. „Ich bin der Öffentlichkeit im Ausland dankbar für die Aufmerksamkeit, die sie meinen Arbeiten schenkt, aber ich muß betonen feststellen, daß die westliche Öffentlichkeit eine irrtümliche Vorstellung von mir hat“, schrieb Lewitin-Krasnow in seinem Brief an Papst Paul VI. Die sowjetische Staatsform dürfe objektiv gesehen nicht als Paradies dargestellt, aber auch nicht nur in schwarzen Farben gemalt werden. Das sowjetische System habe „historische Errungenschaften“ aufzuweisen, es habe aber auch die stalinistische Tyrannei hervorgebracht, die im Übrigen „nicht spurlos vorübergegangen“ sei: „Im Verlauf von 30 Jahren wuchs eine Generation von Bürokraten heran, die gewohnt ist, ihre Macht unkontrolliert auszuüben, und eine Generation von Menschen, an Unterordnung gewöhnt, verängstigt und schüchtern.“ Die Jugend dränge allerdings stürmisch auf die „sozialistische Demokratie“, in der es „volle Meinungsfreiheit, Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und Freiheit der philosophischen und religiösen Überzeugungen“ geben müsse.

An der Hierarchie der russisch-orthodoxen Kirche übte Lewitin-Krasnow verschiedentlich scharfe Kritik, wobei er ihr vorwarf, die Interessen der Kirche nicht nachdrücklich genug zu verteidigen und ihre Hilfspflicht nur ungenügend zu erfüllen. Außerdem unterstütze er die Notwendigkeit einer inneren Erneuerung der russischen Kirche. Damit würde die Voraussetzung geschaffen, daß die russische Jugend, unter der seit einiger Zeit ein erstaunlicher religiöser Aufbruch festzustellen sei, in der Kirche eine geistige Heimat finde.

Lohnsteuerkarte bleibt

Die Lohnsteuerkarten werden auf Grund des Ergebnisses der Personenstandsaufnahmen (letzte 10. Oktober 1973) mit Wirkung für drei aufeinanderfolgende Kalenderjahre ausgeschrieben.

Wer seine Lohnsteuerkarte erhalten hat, sollte sofort prüfen, ob die Eintragungen darauf richtig sind. Änderungen oder Berichtigungen darauf dürfen nur die Gemeinde (Magistratsches Bezirksamt) und das Wohnsitzfinanzamt vornehmen. Der Arbeitgeber, die Lohn-, Gehalts- oder pensionsauszahlenden Stellen, sind beim Steuerabzug an die Eintragungen auf der Lohnsteuerkarte, auch wenn diese unrichtig sein sollten, gebunden. Zu prüfen ist daher, ob die Steuergruppe stimmt. Es gibt eine Steuergruppe A und eine B. In die Steuergruppe B fallen alle Personen, die verheiratet sind, oder wer zwar nicht verheiratet ist, aber das 50. Lebensjahr vollendet hat, wobei Personen, die schon das 45. Lebensjahr vollendet haben und bisher in die Steuergruppe B gefallen sind, nicht mehr in die Steuergruppe A zurückfallen. In die Steuergruppe B fallen auch Witwen nach Opfern des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich. Weiters Personen, denen mindestens ein Kinderabsetzbetrag zusteht, Vollwaisen, die das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und sich in Berufsausbildung befinden, verwitwete oder geschiedene Personen, aus deren Ehe ein Kind hervorgegangen ist, Personen, die ein Kind lebend geboren haben sowie jene, die für ein außereheliches Kind überwiegend sorgen. In die Steuergruppe A fallen alle anderen Personen. Zu prüfen ist weiter, ob bei Alleinverdienenden der Steuergruppe B dies vermerkt ist und ob die Zahl der Kinder, für die ein Absetzbetrag beansprucht werden kann, stimmt.

Für Personen, die nur von einem Träger der gesetzlichen Sozialversicherung oder nur von einer Gebietskörperschaft eine Pension beziehen und in die Steuergruppe B fallen, behält die zuletzt ausgeschriebene Lohnsteuerkarte, die sie bei der pensionsauszahlenden Stelle vorgelegt haben, ihre Gültigkeit als Dauerlohnsteuerkarte weiter.

Kameraden, die also eine solche Dauerlohnsteuerkarte bei der pensionsauszahlenden Stelle seinerzeit vorgelegt haben, müssen diese nicht beheben, um die Steuerfreiheiten für ihr Einkommen (S 546, monatlich) und die Pensionsbeiträge für Körperbehinderte (S 50, - bis S 534, - monatlich) beim Finanzamt eintragen zu lassen. Das Bundesministerium für

Finanzen hat über unsere Intervention verfügt, daß diese auf Dauerlohnsteuerkarten einmal erfolgten Eintragungen automatisch weiter gelten, wenn sich keine Veränderungen in der Anspruchsberechtigung des Antragstellers ergeben haben.

Wird die Eintragung anderer steuerfreier Beträge geltend gemacht, muß allerdings die Dauerlohnsteuerkarte beibehalten werden. Wer Steuerbegünstigungen ausüben will, muß beim zuständigen Wohnsitzfinanzamt (in dessen Bereich man wohnt) die Eintragung der entsprechenden Steuerfreiheiten beantragen. Formulare für diese Anträge auf Eintragung steuerfreier Beträge auf der Lohnsteuerkarte liegen in den Finanzämtern auf.

Neue Rentensätze

Ab 1. Jänner gelten in der Opferfürsorge neue Versorgungsleistungen. So beträgt die Unterhaltrente nunmehr 3024 S und für einen Anspruchsberechtigten mit Ehefrau oder Lebensgefährten 3792 S.

Die Unterhaltsrente für Witwen, Waisen und Eltern beträgt 2490 S, die Hilflosenzulage 839 S, die Alterszulage 79 S, der Erziehungsbetrag 150 S und die Führungszulage 449 S.

Für Zuckerkrankke wird ein Diätzuschuß zwischen 120 und 381 S (bei Minderung der Erwerbsfähigkeit ab 70 Prozent) gegeben, das Sterbegeld beträgt im Höchstmaß 4492 S.

Verfemte Dachauer

In fast beschwörendem Ton werden die Besucher der KZ-Gedenkstätte Dachau durch ein Schild aufgefordert, auch die 1200 Jahre alte Stadt Dachau mit ihrem berühmten Schloß zu besichtigen. Allerdings finden nur die wenigsten den Weg in die bayerische Konau, die seit 1933 zum Synonym für die Hitler-Verhängnisvolle geworden ist. Die Dachauer bekennen es, daß die Gefahrenbedrohungen ihrer Stadt nicht gefragt sind, weil jeder Besucher nur an das Konzentrationslager denkt, an den die Dachauer sicherlich nicht mehr Schuld tragen als alle Deutschen.

Dachau mit seinen rund 32.000 Einwohnern ist eine der wenigen deutschen Gemeinden, die bisher keine europäische Partnerstadt gefunden haben. Entsprechende Bemühungen, besonders in Frankreich, scheiterten. Dachau kommt von seiner tragischen Nazivergangenheit nicht los.

Die Jahre sind zwar vorbei, in welchen Dachauer Ausländerlaubern ihre Autos mit den Kennzeichen „DAH“ parkiert vorfinden, aber auch heute wird man noch bewußt oder unbewußt schief angesehen, wenn man im Ausland oder auch in Deutschland sagt, man kommt aus Dachau.

**INSERTATE
bringen Erfolg!**

Keine Rassenvorurteile

Prof. Konrad Lorenz war nach der Bekanntgabe der Zuerkennung des Nobelpreises verschiedentlich Gegenstand von Kritik, da er in der NS-Zeit rassistische Gedanken vertreten haben soll. Nun hat sich Prof. Lorenz in einem Schreiben an Prof. Dr. Steiner vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes zu diesen Vorwürfen geäußert und betont, daß er die Theorie der Herrenrasse niemals beigegeben habe, und zwar „aus guten wissenschaftlichen Gründen“. Er habe dagegen aus den gleichen Gründen die „domestikationsbedingten Verhaltenserscheinungen auch heute noch für eine der größten, die Menschheit bedrohenden, Gefahren“. Allerdings glaube er nicht mehr, daß sie mit autoritären Mitteln bekämpft werden können.

Ausgangspunkt der Kritik an Lorenz ist dessen 1940 entstandene Schrift „Durch Domestikation verursachte Störungen tierischen Verhaltens“. Bei einem genauen Studium dieser Schrift werde man finden, daß er zwar die Terminologie, nicht aber die Ideologie der damals herrschenden Doktrin erlehrt habe. Er halte zur die domestikationsbedingten Verhaltensstör-

ungen des Verhaltens für gefährlich. Im Vergleich dazu seien alle Gefahren, die sich möglicherweise aus Rassenscheidungen ergeben, völlig zu vernachlässigen. Im Gegensatz zur herrschenden Ideologie habe er Menschen anderer Rassen nie und nirgends mit ethisch minderwertigen gleichgesetzt.

Er leugne nicht, daß er sich einzelne in der Hoffnung gemocht habe, die neuen Machthaber würden vernünftigen europäischen Gedanken zugänglich sein. Der naive Versuch, ihnen solche nahezubringen, sei damals und bisher seine einzige politische Doktrin gewesen. Er schäme sich seiner unverzeihlichen Naivität.

Dr. Görlich gestorben

Der Verfasser des Textes der burgundischen Landeshymne, Oberstaatsanwalt Prof. Dr. Ernst Joseph Görlich, ist im 69. Lebensjahr gestorben. Görlich ist durch zahlreiche Publikationen, vor allem historische Inhalts, hervorgetreten. Die Beisetzung Prof. Görlichs fand am 9. Oktober auf dem Gräberhof von Steinberg an der Rebnitz statt.

Prof. Görlich war auch den Anliegen der politisch Verfolgten verbunden. So durfte auch der „Freiheitskämpfer“ ihn zu seinen Mitarbeitern zählen.

Neofaschisten verboten

Die neofaschistische Aktivisten-Organisation „Ordine novo“ (Neue Ordnung) ist auf Beschluß des italienischen Ministerrates verboten worden. Innenminister Paolo Taviani unterzeichnete ein Dekret, mit dem die mehrere hundert Mitglieder umfassende Gruppe von der Polizei aufgelöst werden soll.

Preis für Menschenrechte an Sacharow

Die internationale Liga für Menschenrechte hat ihren Preis für Menschenrechte für 1973 dem sowjetischen Physiker Sacharow verliehen. Der Preis wurde in New York in einer Feier zum 25. Jahrestag der Annahme der Erklärung über die Menschenrechte durch die Vereinten Nationen an Sacharows Stelle vom Präsidenten der Physikalischen Abteilung des Massachusetts Institute of Technology (MIT), Feinbach, entgegengenommen.

Die Liga veröffentlichte eine telefonische Erklärung Sacharows, in der er daran erinnert, daß Hunderte von Personen, die dachten wie er, in Gefängnisse und psychiatrische Kliniken eingesperrt seien. Er hoffe, daß die Verleihung des Preises durch die Liga die öffentliche Meinung vermehrt auf den Schutz der Menschenrechte in der Sowjetunion lenke.

Die Geistlichen in Dachau

(Fortsetzung von Nummer 5)

Auch Urquellen kleineren Umfanges, wie etwa das Blockbuch des Lagerdekans Georg Schelling, wurden ausgeschöpft. Während Jahren wurde in Belgien, Deutschland und anderen Ländern nach ehemaligen KZ-Geistlichen geforscht. Noch im Sommer 1969 hat der nunmehrige Herausgeber des Werkes, Pfarrer Eugen Weiler, in Frankreich neueste französische Verzeichnisse eingesehen und sich nach bestimmten Geistlichen erkundigt, die in Dachau gewesen waren.

Wie der Herausgeber selber im Nachwort zum ersten Teil gesteht, hat er jahrelang an dem Werk gearbeitet, viele Mühen auf sich genommen und große Auslagen nicht gescheut, um das Werk zu Ende zu führen. Nachdem es nun herausgekommen ist, läßt sich sagen: Mühen und Arbeiten haben sich gelohnt. Pfarrer Weiler hat mit Hilfe seiner Mitarbeiter das umfassendste Quellenwerk über die Geistlichen in Konzentrationslagern während der Nazizeit geschaffen. Es enthält nicht nur die Namen in alphabetischer Reihenfolge, sondern auch die Personalien der einzelnen Geistlichen, nämlich Geburtsort und -tag, Nationalität, Konfession, geistliches Amt, Bistum, Gründe der Verhaftung, genaue Daten der Einlieferung sowie die späteren Schicksale der Häftlinge. Im ganzen sind hier 2766 Geistliche aus zwanzig Nationen mit einem kurzen curriculum verzeichnet.

Der zweite Teil enthält auf 364 Seiten „Ereignisse und Berichte“. Sie stammen von verschiedenen Augenzeugen und vermitteln ein wahrheitsgetreues Bild vom furchtbaren Geschehen in den Konzentrationslagern. Diese aus dem eigenen Erleben bzw. Erhalten geschöpften Berichte untermauern die im ersten Teil verzeichneten Personalien und Daten.

Das Werk enthält eine Fülle von minutiösen Einzelheiten und Daten. Gerade deshalb ist es auch ein Dokumentarwerk zur Geschichte der Kirchenverfolgung im Dritten Reich. Dafür nur einige Hinweise: Die Kartellkarten der einzelnen Lager verzeichnen bei den einzelnen Häftlingen, mit Ausnahme der polnischen Geistlichen, in der Regel auch die Gründe der Verhaftung.

(Fortsetzung folgt)

Wiesenthal rührt sich wieder

130.000 Kriegsverbrecher befinden sich noch in Freiheit, sagte in einer Pressekonferenz der Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, Simon Wiesenthal, ihm zufolge gelten die Nachforschungen zur Zeit vor allem den KZ-Arzt Dr. Joseph Mengele und Walter Rauff, der für den Tod mehrerer hundert Personen verantwortlich sei. Mengele befindet sich in Paraguay, Rauff in Chile.

Bormann-Grab als „Wallfahrtsort“?

Der Frankfurter Staatsanwalt Joachim Richter gab bekannt, daß die sterblichen Überreste des ehemaligen Reichsleiters Martin Bormann in naher Zukunft bestattet werden sollen. Die Gebeine, die auf einem Bahnhof in Berlin im Dezember 1972 gefunden worden waren, sind mit Bormann identisch. Der Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, Simon Wiesenthal, erklärte, daß die Grabstätte Bormanns zu einem Wallfahrtsort für Nazis werden könnte. Die Nazisführer, die in Nürnberg zum Tode verurteilt worden waren, sind bekanntlich eingelacht und die Asche in alle Winde verstreut worden.

Wanderausstellung

Die vom Dokumentationszentrum des österreichischen Widerstandes organisierte Ausstellung „Der österreichische Freiheitskampf“ („Resistance and persecution in Austria“) wird in 25 Universitäten der USA gezeigt.

WEINHAUS
FRANZ SCHUSTER



WIEN 20,

DRESDNER STRASSE 58



Nur natürliche Kohlensäure

**Allgemeines
 Krankenhaus
 der Schwestern
 vom hl. Kreuz**

Grieskirchner Straße 42

Wels

Oberösterreich

ZU JEDER JAHRESZEIT

Erholung — Urlaub — Kur

THERMAL-HEILBAD

BAD SCHALLERBACH

International anerkanntes und bewährtes
 Rheumheilbad zwischen Passau und Wels

Thermalbäder im ständig strömenden Schwefel-
 wasser gegen Rheuma, Aufbruchs- und Belastungs-
 schäden

Thermal-, Hallen- und Freibäder — Weiträumiger
 Kurpark

Information: Kurverwaltung, A-4701 Bad Schallerbach,
 Tel. (0 72 49) 278

JOSEF EBERLE

Offset-, Stein- und Buchdruckerei

Schottenfeldgasse 36—38, Wien VII
Telefon 933642, 931444, 934754

Offsetdruck

Flachbeutel

Werbegraphik

Piaristengasse 9

1080 Wien

Telefon:

42 41 38, 42 41 39,

42 43 60

Fleischmann & Jaeger

Fritz Prasehak

Fleischhauer und Fleischselcher

1200 Wien, Pappenheimgasse 56

Telefon 35 33 20

Sparkasse in Grieskirchen

mit Filialen Neumarkt i. H.

Bad Schallerbach und Gallsbach

*empfiehlt sich für die Durchführung
sämtlicher Geldgeschäfte*

Mirimi

reg. Gen. m. b. H.

Milchring Niederösterreich Mitte

St. Pölten, NÖ, Kremser Landstr. 5

Pension

„Marienheim“

in Mariazell

Mariazell, Peter-Abel-Platz 3

Telefon 25 43

Haus mit allem Komfort

Superiorat Mariazell
Besuchet die Gnadenbasilika
Mariazell — Steiermark

Hotel POST

BAD ISCHL, AUSTRIA

Altes erstes Haus am Platz — jeder Komfort

Telefon 34 41, 34 42, 35 41

Telegramm-Adresse: Posthotel Bad Ischl

Besitzer und Leiter: FAMILIE KOCH

privat-mädchenhauptschule
borromäus

grieskirchen, oberösterreich

Institut B. M. V.
der Englischen
Fräulein

3100 ST. PÖLTEN, LINZER STRASSE 11

POSTFACH 148

MÖBELHAUS *Adolf Trinkl*



ZENTRALE:

WIEN XX
JÄGERSTRASSE 59-63
TELEFON 33 21 26, 33 42 25

FILIALEN:

WIEN X
LAXENBURGER STRASSE 23
TELEFON 64 22 09
WIEN XXI
FLORIDSORFER HAUPTSTRASSE 26
TELEFON 38 34 47



Fabrik elektrischer Apparate
und elektrischer Zünder

Wien 15/105,

Sturzgasse 34

Telefon 921641

Otto Schachinger

GROSSFLEISCHHAUEREI • WURSTFABRIK

1020 WIEN, ROTENSTERNGASSE 12 • TELEFON 24 32 23, 55 63 99

Wissen Sie, daß österreichischer Zucker mehr kann, als nur zuckern?



Wenn Sie zum Beispiel jeden Tag zwei Löffel Zucker in Ihren Kaffee geben, dann sicher nur, weil er gezuckert einfach besser schmeckt.

Täglich die richtige Menge Zucker schmeckt aber nicht nur.

Zucker ist auch gesund, weil er rasch ins Blut geht und uns so die Nerven und Leistungskraft gibt, die wir täglich für tausend verschiedene Dinge brauchen. Zucker ist besonders leicht verdaulich. Ein reines Naturprodukt – frei von chemischen Zusätzen – das aus hochwertigen österreichischen Zuckerrüben gewonnen wird.

Das neue Markenzeichen, das Sie auf jeder Zuckerpackung finden, garantiert ausgezeichnete gleichbleibende Qualität und eine hygienische Verpackung.

Zucker aus Österreich
– mehr als nur süß.

